

Antrag 17/I/2023**Abt. 07/08 Friedenau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Postdienstleistungen als öffentliche Daseinsvorsorge erhalten!**

1 Die SPD Berlin fordert die sozialdemokratischen Mi-
2 nister*innen in der Bundesregierung und die SPD-
3 Bundestagsfraktion auf, als Vertreter*innen des Mehr-
4 heitsaktionärs der Deutschen Post AG auf strategische
5 Unternehmensentscheidungen der Deutschen Post AG
6 so Einfluss zu nehmen, dass sich die Personalpolitik
7 sich an Kriterien guter Arbeit orientiert. Postdienst-
8 leistungen – d. h. Brief- ebenso wie Paketzustellung –
9 werden weiterhin als öffentliche Daseinsvorsorge ver-
10 standen und dementsprechend organisiert. Die Qualität
11 der Paketzustellung ist wie die Briefzustellung in der
12 Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) zu
13 regeln.

14

15 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesfinanzie-
16 rungsgremiums werden gebeten darzulegen, welche Ziele
17 mit der Beteiligung des Bundes an der Deutschen Post AG
18 verfolgt werden, wie sie den Zielerreichungsgrad bewerte-
19 ten und anhand welcher Kriterien sie die Notwendigkeit
20 der Postdienstleistungen als öffentliche Daseinsvorsorge
21 beurteilen.

22

23 Begründung

24 Die Geschäftspolitik der Deutschen Post AG orientiert sich
25 am Shareholder-Value: Die Qualität der Zustellung und
26 die Erreichbarkeit von Filialen wird reduziert, es herrscht
27 Personalmangel, der aufgrund von schlechten Arbeitsbe-
28 dingungen und schlechter Bezahlung kurz- bis mittelfris-
29 tig nicht zu beheben ist. Kundinnen und Kunden sind
30 hochgradig unzufrieden. Gleichzeitig wird das Unterneh-
31 men wegen schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger
32 Löhne von Arbeitskämpfen durchgeschüttelt.

33

34 Das Geschäftsgebaren des Vorstands der Deutschen Post
35 AG berührt in zweierlei Hinsicht die Verantwortung des
36 Deutschen Bundestages und der Bundesregierung: Der
37 Bund ist trotz einer deutlichen Reduzierung in den vergan-
38 genen Jahren mit 20 % immer noch der größte Anteils-
39 eigner, gestaltet in Abstimmung mit dem Bundesrat die
40 Verordnungslage und definiert über die PUDLV die Qua-
41 litätskriterien der Postdienstleistungen. Im Aufsichtsrat
42 der Deutschen Post AG werden die Interessen des Bundes
43 als größtem Anteilseigner durch eine Staatssekretärin aus
44 dem Bundesfinanzministerium und die Kreditanstalt für
45 Wiederaufbau vertreten.

46

47 Wer meint, dass die berechtigten Forderungen der Bür-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 ger*innen nach stabiler, zuverlässiger und zeitnaher Aus-
49 lieferung von Briefen und Paketen und die Interessen der
50 Postbeschäftigten bei der Bundesregierung in guten Hän-
51 den seien, wird durch die Lektüre des Koalitionsvertrags
52 eines Anderen belehrt. Dort wird die Zukunft der Post im
53 - offenbar aus FDP-Feder stammenden - Abschnitt "Büro-
54 kratieabbau" (!) beschrieben: "Das Postgesetz wollen wir
55 novellieren und dabei sozialökologische Standards wei-
56 terentwickeln sowie den fairen Wettbewerb stärken. Wir
57 nutzen das Bundesfinanzierungsgremium, um regelmä-
58 ßig zu überprüfen, ob die mit der Beteiligung verfolgten
59 Ziele auch erreicht werden und ob sie noch zur öffentli-
60 chen Daseinsvorsorge benötigt werden."

61

62 Das Bundesfinanzierungsgremium ist mit Bundestagsab-
63 geordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien be-
64 setzt. Es befasst sich neben vielen anderen Themen mit
65 den Beteiligungen des Bundes an privatrechtlichen Un-
66 ternehmen; die Mitglieder sind zur Geheimhaltung ver-
67 pflichtet. Von außen ist nicht erkennbar, wie und wel-
68 che sozialdemokratischen Grundsätze in diesem Gremi-
69 um vertreten werden. Mit diesem Antrag soll erreicht wer-
70 den, dass nicht Einzelfallentscheidungen, wohl aber stra-
71 tegische Grundorientierungen offen gelegt werden.

72

73 Die Entwicklungen bei der der Deutschen Post AG sind nur
74 eines der vielen krassen Beispiele für die Auswirkungen
75 der Privatisierung der Leistungen der Daseinsvorsorge. Es
76 gilt, dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben.